



DACHVERBAND
ÖSTERREICHISCHER VERBAND
der elternvereine
an den öffentlichen pflichtschulen

1010 · wien · dr.-karl-renner-ring 1

Präsidium des Nationalrates

Parlament
Dr.Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Wien, 30. Sept. 1992
Gr/Ur

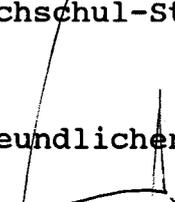
Betrifft: BMWF GZ 51.002/17-I/B14/92

Betrifft	GESETZENTWURF
Nr.	103 - GE 119 P 2
Datum:	9. OKT. 1992
Ursprung	10.10.92 Goyze

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Anlage übermittelt der Dachverband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen seine Stellungnahme zum Entwurf des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung eines Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge.

Mit freundlichen Grüßen


Friedrich Grundei
Bundesobmann

Beilage:
25-fache Ausführung
der Stellungnahme

S T E L L U N G N A H M E

des österreichischen Verbandes der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen (Dachverband)

zum Entwurf des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für ein Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge.

BMWF GZ 51.002/17-I/B14/92

Der Österreichische Verband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen (Dachverband) gibt zu vorliegendem Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme ab:

Grundsätzlich wird festgehalten, daß aufgrund der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes die tatsächliche Ausrichtung bzw. die Auswirkungen der Errichtung von Fachhochschulen auf das Bildungssystem nicht ersichtlich sind. Daher wird gefordert, die entsprechenden erforderlichen sonstigen gesetzlichen Bestimmungen zu erarbeiten und danach in einem mit diesem Entwurf zu begutachten. Dies betrifft vor allem die Finanzierung, die Organisationsform, die entsprechenden Abschlüsse und Überleitungen, aber auch die Absicht des Bundes, selbst eigene Lehrgänge bzw. Fachhochschulen zu betreiben.

Betroffen ist vor allem das berufsbildende Schulwesen in Österreich, da nicht ersichtlich ist, wie der Zusammenhang zwischen Fachhochschulen, berufsbildendem Schulwesen, Kollegs und Abiturentenlehrgängen etc. in Zukunft gesehen wird. Ein genereller Ersatz des berufsbildenden Schulwesens durch Fachhochschulen wird seitens des Dachverbandes abgelehnt.

Bei der Neueinrichtung eines Bildungsbereiches in Österreich fordert der Dachverband als Vertretung der Eltern dringend, daß entsprechende Qualifikationen auch im öffentliche Bildungsbereich erworben werden können, da es nicht einsichtig ist, warum der Besuch von Fachhochschulen nur durch die Bezahlung von Studiengebühren möglich ist. Dies vor allem unter dem Umstand, daß in Österreich die generelle Studien- und Schulgeldfreiheit gilt.

